

16.03

Abgeordneter Dr. Reinhard Eugen Bösch (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor Kurzem ist der dritte Untersuchungsausschuss zum Thema Eurofighter zu Ende gegangen. Wir müssen daraus einige Lehren ziehen.

Dieser Untersuchungsausschuss behandelte eine Causa, die bis in das Jahr 2002 zurückreicht. Das ist ein sehr langer Zeitraum. Das hat dazu geführt, dass viele Zeugen, die wir als Auskunftspersonen vorgeladen haben, sich nicht mehr erinnern konnten, nicht ausreichend Auskunft über ihre Motivlage geben konnten. Das hat auch dazu geführt, dass es zu Mehrfachbefragungen von bestimmten Personen gekommen ist. Dabei ist es uns nicht immer gelungen, neue Fragen zu stellen, sondern wir haben nur die alten Fragen wiederholt (*Ruf bei der SPÖ: Warum?*), was in einem Untersuchungsausschuss an sich unbefriedigend ist. Wir sollten uns bemühen, bei neu auftretenden Sachverhalten einen Untersuchungsausschuss neu einzusetzen oder wieder einzusetzen, damit unklare Dinge geklärt werden können.

Die Typenentscheidung, also alle Entscheidungen, die es rund um das Jahr 2002 gegeben hat – das dürfen wir ja nicht vergessen! –, wurden schon in einem ersten Eurofighter-Untersuchungsausschuss geklärt. Es gab da vonseiten der Gerichte auch Ermittlungen gegen Politiker, gegen hohe Beamte – Ermittlungen, die allerdings eingestellt worden sind. Wir haben beim diesem dritten Eurofighter-Untersuchungsausschuss noch einmal darauf Bezug genommen, aber nichts Neues feststellen können.

Wir haben beim dritten Eurofighter-Untersuchungsausschuss allerdings festgestellt, dass wir beim zweiten Untersuchungsausschuss in Bezug auf die Beurteilung des Vergleichs des Norbert Darabos richtig gelegen sind. Dieser Vergleich war ein unglücklicher Vergleich. Eigentlich hat er die Causa Eurofighter in jene Sackgasse geführt, in der sie heute steckt. Damals wurden für einige Millionen Euro Rechte der Republik abgegeben, es wurden auch Kapazitäten und Kompetenzen des Fluggeräts abgegeben (*Zwischenruf des Abg. Plessl*) und es wurde darauf verzichtet, die Tranche 1 beizeiten durch die Tranche 2, also das modernere Flugzeug, durch die Herstellerfirma ersetzen zu lassen. In diesem Zusammenhang gibt es noch Ermittlungen vonseiten der Justiz gegen den Personenkreis rund um Norbert Darabos. Wir werden das Ergebnis abwarten müssen.

Was sich gezeigt hat, ist, dass im Bereich der Gegengeschäfte in der Tat ein Moloch vor uns gelegen ist, den zu untersuchen sich gelohnt hat. Wir müssen davon ausgehen, dass man in etwa 2 Milliarden Euro für diese Fluggeräte ausgegeben und ein Gegengeschäftsvolumen in doppelter Höhe, also in etwa 4 Milliarden Euro, vereinbart hat.

Die Verkäuferfirma hat zur Organisation dieser Gegengeschäfte eine Firma gegründet, die Millionen zur Verfügung hatte, um Provisionen zu bezahlen, und im Zusammenhang mit der Organisation der Gegengeschäfte sind in der Tat Unzulänglichkeiten aufgetaucht. Es hat sich erwiesen, dass es Finanzmittelflüsse gibt, die nicht mehr nachweisbar sind und die den Verdacht aufkommen lassen, dass dahinter eine große kriminelle Energie steckt.

In diesen Fällen gibt es Ermittlungen der Justiz. Die Staatsanwaltschaft Wien ermittelt gegen einen größeren Personenkreis, der im Zusammenhang mit diesen Gegengeschäften aufgetaucht ist. Der Eurofighter-Untersuchungsausschuss konnte diesbezüglich auch hilfreich zur Seite stehen, diese Kanäle aufdecken und die Ergebnisse seiner Befragungen an die Staatsanwaltschaft weitergeben. Die Staatsanwaltschaft hat da sicherlich einen Mehrwert bekommen.

Eines aber muss uns klar sein: Gegengeschäfte, wie sie damals vereinbart und ab dem Jahr 2002 auch durchgeführt worden sind, dürfen wir in dieser Art bei öffentlichen Beschaffungen nicht mehr durchführen. Da muss uns schon eine intelligentere Lösung einfallen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir konnten keine zusätzlichen Aspekte von Korruption bei Beamten und Politikern in diesem dritten Eurofighter-Untersuchungsausschuss feststellen, wir sollten aber doch einige Grundsätze beachten, damit sich dieses Instrument, das ich für ein wertvolles Instrument des Parlaments halte, weiterentwickeln kann.

Der Untersuchungsausschuss ist kein Gericht, er hat die politische Verantwortung zu klären. Wenn im Rahmen der Klärung der politischen Verantwortung auch andere Verdachtsmomente, die in Richtung Kriminalität gehen, auftauchen, dann hat der Untersuchungsausschuss das selbstverständlich aufzuzeigen, festzustellen und an die ermittelnden Behörden weiterzureichen.

Wir haben aber auch klar erkannt, dass wir auf eine funktionierende Justiz, auf eine funktionierende Staatsanwaltschaft angewiesen sind, und gerade beim dritten Eurofighter-Untersuchungsausschuss hat sich gezeigt, dass es diese nicht gab. Wir hatten die internen Konflikte in der Staatsanwaltschaft vor uns liegen und wir hätten den Verdacht hegen können, dass die Staatsanwaltschaft nicht in der Lage ist, sich diesen Themen mit der notwendigen Energie zu widmen, weil sie in ihre internen Konflikte verstrickt ist – und das, glaube ich, ist nicht statthaft.

Wir als Nationalrat haben deshalb an die Justiz auch die Forderung zu stellen, dass rasche Ermittlungen stattfinden, wenn in Untersuchungsausschüssen Erkenntnisse fest-

gestellt und an die ermittelnden Behörden weitergereicht werden, und dass die Justiz voll funktionsfähig arbeitet.

Wir müssen weiters feststellen, dass sich die Änderung der Geschäftsordnung dahin gehend, dass die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ein Minderheitsrecht ist, als richtig herausgestellt hat.

Wir müssen den Zeitfaktor, von dem ich gesprochen habe, beachten: Wenn ein Sachverhalt zu lange zurückliegt, wird es umso schwieriger, dazu wirklich Neues zu erheben.

Wir sollten auch ein diszipliniertes Vorgehen von uns Abgeordneten im Auge haben. Wir sollten uns davor hüten, viel Wind um wenig zu machen, nur um eine kleine Schlagzeile zu bekommen. Wir haben einige Mitglieder des Ausschusses erlebt, die mit Anzeigen eigentlich kontraproduktiv tätig gewesen sind und nicht der Aufklärung gedient haben.

Wir sollten uns deshalb im Klaren darüber sein, dass der Untersuchungsausschuss dann ein gutes Handwerkszeug des Nationalrates bleibt, wenn wir ihn kontinuierlich weiterentwickeln, und dazu, glaube ich, ist es notwendig, nach jedem Untersuchungsausschuss in Bezug auf die Geschäftsordnung Bilanz zu ziehen und abzuwägen, welche Bereiche gut waren und in welchen Bereichen wir Nachhol- und Verbesserungsbedarf haben. – Ich danke sehr. *(Beifall bei der FPÖ.)*

16.10

Präsident Mag. Wolfgang Sobotka: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Bernhard. – Bitte.